



# Blick in die Wissenschaft

# 33 34

Forschungsmagazin der Universität Regensburg

## Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Auskommen und Vorratshaltung seit dem Mittelalter

## Kulturgeschichte

Teufelsaustreiber Johann J. Gaßner (1727–1779)

## Südosteuropa

Ein Krankenhaus für Galați

## Literaturwissenschaft

„Den Schädel auf. Die Brust entzwei.“

## Arbeitspsychologie

Chronischer Stress am Arbeitsplatz und Burnout

## Interventionelle Immunologie

Die drei Hürden der Tumorimmuntherapie

## Mikrobiologie

Die in die Hölle wollen

## Quantenphysik

„Ich bin schwarz und dennoch bin ich schön.“

## Internationale Politik

Macht und Ordnung

## Extremismusforschung

Aufstand der Ausgegrenzten oder Suche nach Sinn?

## Liturgiewissenschaft

Dramatische Vergegenwärtigung im öffentlichen Raum

## Philosophie der Antike

Der Wald vor lauter Bäumen

## Wirtschaftsinformatik

Mobile Business und Social Media

## Medienrecht

Präsenz oder Online?

## Fachdidaktik

Professionelles Wissen von Lehrkräften

## Biologieunterricht

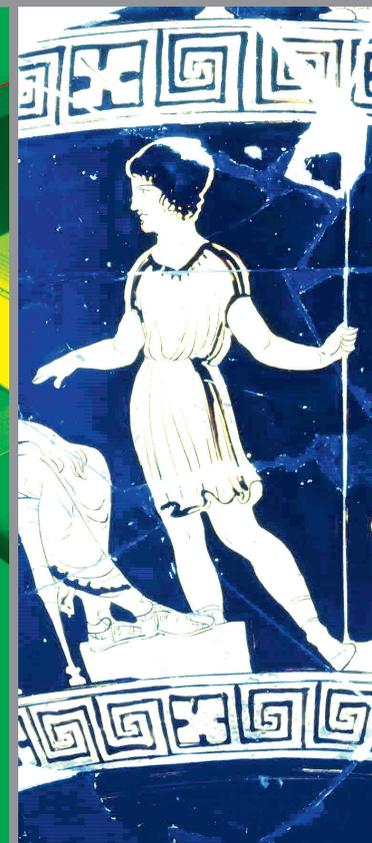
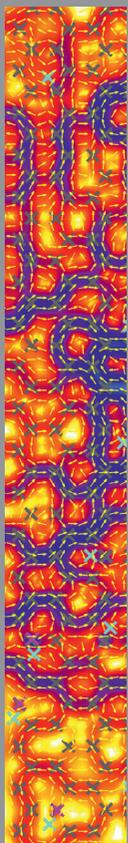
Große Dramen und alltägliche Fragen

2016

Blick in die Wissenschaft 33/34

Forschungsmagazin der Universität Regensburg

Heft 33/34 | 25. Jahrgang 2016 | € 14,00 | ISSN 0942-928-X



**Blick in die Wissenschaft  
Forschungsmagazin  
der Universität Regensburg**ISSN 0942-928-X,  
Doppelheft 33/34  
25. Jahrgang**Herausgeber**Prof. Dr. Udo Hebel  
Präsident der Universität Regensburg**Redaktionsbeirat**Prof. Dr. rer. pol. Susanne Leist  
Prof. Dr. rer. nat. Christoph Meinel  
Prof. Dr. phil. Ursula Regener  
Prof. Dr. rer. nat. Klaus Richter  
Prof. Dr. phil. Hans Rott  
Prof. Dr. med. Ralf WagnerUniversität Regensburg, 93040 Regensburg  
Telefon (09 41) 9 43-23 00  
Telefax (09 41) 9 43-33 10**Verlag**Universitätsverlag Regensburg GmbH  
Leibnizstraße 13, 93055 Regensburg  
Telefon (09 41) 7 87 85-0  
Telefax (09 41) 7 87 85-16  
info@univerlag-regensburg.de  
www.univerlag-regensburg.de  
Geschäftsführer: Dr. Albrecht Weiland**Abonnementservice**Bastian Graf  
b.graf@univerlag-regensburg.de**Anzeigenleitung**Larissa Nevechny  
MME-Marquardt  
info@mme-marquardt.de**Herstellung**Universitätsverlag Regensburg GmbH  
info@univerlag-regensburg.de**Einzelpreis des Doppelheftes € 14,00****Jahresabonnement**bei zwei Ausgaben pro Jahr  
**€ 10,00 / ermäßigt € 9,00**  
für Schüler, Studenten und Akademiker  
im Vorbereitungsdienst (inkl. 7% MwSt)  
zzgl. Versandkostenpauschale € 1,64 je  
Ausgabe. Bestellung beim VerlagFür Mitglieder des **Verains der Ehemaligen  
Studierenden der Universität Regensburg  
e.V.** und des **Verains der Freunde der Uni-  
versität Regensburg e.V.** ist der Bezug des  
Forschungsmagazins im Mitgliedsbeitrag  
enthalten.

In den letzten Jahren hat die Internationalisierung der Universitäten zunehmend an wissenschaftlicher, organisatorischer und strategischer Bedeutung gewonnen. Erklärtes Ziel der UR als forschungsstarker Universität ist es daher, ihre internationale Sichtbarkeit in Forschung und Lehre weiter auszubauen und ihre Funktion als transnationale Drehscheibe zu stärken.

Neben der individuellen Mobilität von Studierenden und Wissenschaftlern sowie der Institutionalisierung von internationalen Aktivitäten durch den Ausbau und die Festigung internationaler Partnerschaften steht die Ausdifferenzierung der Qualifikationsprofile der Absolventen und die Einführung von Studiengängen mit internationaler Ausrichtung zunehmend im Fokus.

Im akademischen Jahr 2015/16 haben mehr Studierende als jemals zuvor mit Unterstützung des International Office (IO) einen Studienaufenthalt an Partneruniversitäten verwirklicht. Umgekehrt ist die UR ein attraktiver Ort für Gastwissenschaftler und Studierende aus mehr als hundert Ländern. Mit dem International Presidential Visiting Scholar Fellowship wurde ein neues Programm zur Steigerung der internationalen Sichtbarkeit und Attraktivität der UR geschaffen. Das erste Fellowship dieser Art ging an Prof. Dr. Steven Tomsovic (Washington State University, USA) für einen Aufenthalt an der Fakultät für Physik im Sommersemester 2016. Durch das neue Welcome Center im Herzen des Campus entstand zudem eine zusätzliche unterstützende Infrastruktur. Das Zentrum zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, das im November feierlich eröffnet wird, komplementiert das Internationalisierungsangebot der UR für diese spezielle Zielgruppe.

Weltweit bestehen mit mehr als 300 Hochschulen Kooperationen, die in jüngster Zeit zielgerichtet ergänzt und weiterentwickelt wurden. Neben den Schwerpunktregionen Europa und Nordamerika rückten Forschungseinrichtungen in Südamerika und Asien in den Fokus: So wurde gerade am 19. Oktober 2016 ein neues Abkommen mit der Universidad Nacional de Colombia in Bogota (UNAL) geschlossen.

An fast allen Fakultäten findet sich mittlerweile ein englischsprachiges Studienangebot, und die Zahl strukturierter englischsprachiger Master- oder Promotionsprogramme konnte in den letzten Jahren von sechs auf zehn erhöht werden. Derzeit werden sechs Double-Degree-Bachelor-Studiengänge und vier Master-Studien-



gänge mit Doppel- bzw. trinationalen Abschluss angeboten. Doppelabschluss-Studiengänge tragen besonders stark zu einer Intensivierung bestehender Partnerschaften bei, fördern den wechselseitigen Austausch von Lehrenden und Studierenden und treiben die Internationalisierung der Studienprogramme wesentlich voran.

Die thematische Internationalisierung in Forschung und Lehre profitiert in hohem Maße von der nationalen und internationalen Sichtbarkeit einzelner Fachbereiche. Die Ost- und Südosteuropaforschung beispielsweise kann durch die Aufnahme des gleichnamigen Instituts (IOS) in die Leibniz-Gemeinschaft ab 2017 ihre internationale Exzellenz weiter stärken. Durch die geplante Bündelung regionalwissenschaftlicher Forschung und Studiengänge in einem Center für International and Transnational Area Studies (CITAS) werden neue Synergie- und Vernetzungsoptionen geschaffen. Viele weitere eindrucksvolle Beispiele von Forschungsprojekten mit internationalem Bezug und von internationaler Relevanz finden sich natürlich auch in den Beiträgen dieser Ausgabe. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine ertragreiche und anregende Lektüre.

Prof. Dr. Udo Hebel  
Präsident der Universität Regensburg

# Inhalt

**Auskommen und Vorratshaltung seit dem Mittelalter** 3

*Mark Spoerer, Kathrin Pindl*



**Teufelaustreiber Johann J. Gaßner (1727–1779)** 11

*Daniel Drascek*



**Ein Krankenhaus für Galați** 16

*Thomas Just, Peter Mario Kreuter*



**„Den Schädel auf. Die Brust entzwei.“** 23

*Marcus Hahn*



**Chronischer Stress am Arbeitsplatz und Burnout** 28

*Brigitte Kudielka*



**Die drei Hürden der Tumورimmuntherapie** 33

*Philipp Beckhove*



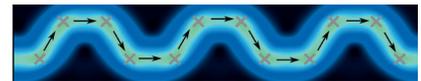
**Die in die Hölle wollen** 39

*Reinhard Wirth*



**„Ich bin schwarz und dennoch bin ich schön.“** 43

*Ferdinand Evers*



**Macht und Ordnung** 49

*Gerlinde Groitl*



**Aufstand der Ausgegrenzten oder Suche nach Sinn?** 54

*Alexander Straßner*



**Dramatische Vergegenwärtigung im öffentlichen Raum** 58

*Harald Buchinger*



**Der Wald vor lauter Bäumen** 63

*Sergiusz Kazmierski*



**Mobile Business und Social Media im Zeitalter der Digitalisierung** 71

*Bernd Heinrich, Mathias Klier, Susanne Leist*



**Präsenz oder Online?** 77

*Jörg Fritzsche, Katharina Ziegler*



**Professionelles Wissen von Lehrkräften** 85

*Stefan Krauss, Anita Schilcher*

Beeinflusst durch	Eigenschaftsorientierte Persönlichkeitstheorien (etwa ab 1940 auch Persönlichkeitstests)	Behaviorismus (Verhalten des Lehrers)	Kognitivismus (Fokus auf „Denken und Wissen“ des Lehrers)
	Tests und Fragebögen	Unterrichtsbeobachtung	Integration bisheriger

**Große Dramen und alltägliche Fragen** 93

*Arne Dittmer*



# Macht und Ordnung:

## Russland und China als strategische Herausforderungen für den Westen

Gerlinde Groitl

**Nach dem Ende des Kalten Kriegs hoffte der Westen auf eine regelgeleitete, kooperative Ordnung des internationalen Systems. Davon ist die Welt heute weit entfernt. Besonders die Bruchlinien im russisch-westlichen und im chinesisch-westlichen Verhältnis stechen ins Auge. Im Februar 2016 erklärte der russische Premier Dimitri Medwedew bei der Münchner Sicherheitskonferenz, dass Russland und der Westen in einen neuen Kalten Krieg geschlittert seien. Verantwortlich machte er dafür die EU und die USA. Auch das chinesisch-westliche Verhältnis leidet unter Spannungen. Chinas Führung wirft den Vereinigten Staaten regelmäßig vor, den (Wieder)Aufstieg des Landes zu seiner rechtmäßigen Position verhindern zu wollen. Trotz ihrer Differenzen eint Russland und China das Bestreben, westliche Macht zu relativieren und eigene Einflussphären zu sichern. Dieser Beitrag beleuchtet die Hintergründe dieser Entwicklung.**

Die Politik des Westens war nach dem Ende der bipolaren Blockkonfrontation vor rund 25 Jahren beseelt von der Idee, dass die liberale internationale Ordnung weltweit Geltung erhalten könnte. Schließlich wurde die Überwindung des Kalten Kriegs als das „Ende der Geschichte“ gefeiert. Die westliche Demokratie habe sich bewährt und trete, so der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama, nach dem Scheitern alternativer Modelle ihren globalen Siegeszug an. Die Weltpolitik sollte nicht länger den Prinzipien des Machtausgleichs, der Abschottung und der Abschre-

ckung folgen. Stattdessen hoffte man, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft, Freihandel und Individualrechte triumphieren und Institutionen und Interdependenzen die internationale Politik zivilisieren würden. Vormalig außenstehende Staaten waren eingeladen, Teil der liberalen Ordnung zu werden. Im Idealfall würden sie sich zu Stützen („responsible stakeholder“) dieser Ordnung entwickeln und sie durch Regelkonformität und kollektives Handeln erhalten.

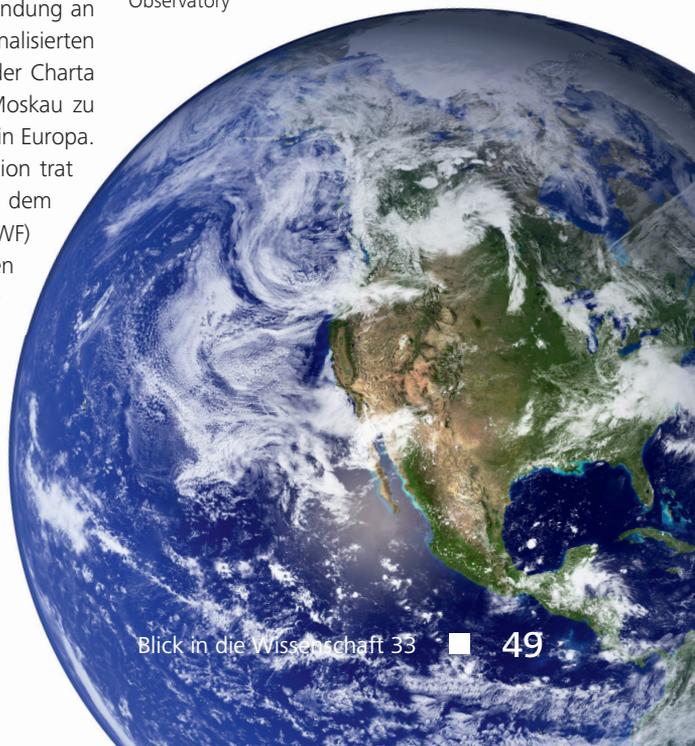
### Russland und China als strategische Herausforderung

Russland und China, die gefallene Supermacht und die bedeutendste aufsteigende Macht des letzten Vierteljahrhunderts, schienen sich zunächst in diese Vision einzufügen. Beide suchten die Anbindung an westliche Institutionen und signalisierten eine politische Annäherung. In der Charta von Paris 1990 bekannte sich Moskau zu Demokratie, Frieden und Einheit in Europa. Nach dem Kollaps der Sowjetunion trat die Russische Föderation 1992 dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank bei. Der Westen half Moskau, seinen ökonomischen Absturz abzufedern. Die als G7 organisierten wichtigsten Industrienationen nahmen Russland 1998 trotz seiner wirtschaftlichen Schwäche auf und firmierten bis 2014 als die G8. 2012 folgte die Aufnahme in die Welthan-

delsorganisation (WTO). Im Bereich der Sicherheitspolitik bekannten sich die Nato und Russland in der Grundakte von 1997 zum Aufbau einer stabilen Partnerschaft. Die Gründung des Nato-Russland-Rats hob das Verhältnis 2002 auf eine neue Ebene. Daneben sollten bi- und multilaterale Initiativen Bindungen aufbauen und Reformen vorantreiben (z. B. deutsch-russische Modernisierungspartnerschaft).

Das chinesisch-westliche Verhältnis war ebenfalls charakterisiert von zunehmender Integration und Interdependenz. Die Wirtschaft spielte hier die entscheidende Rolle. Nach gut 20 Jahren sukzessiver Öffnungspolitik trat China 2001 der WTO bei. Es katapultierte Pekings ökonomische Verflechtung mit der Welt und die Prosperität des Landes in neue Höhen.

1 Westliche Hemisphäre. Quelle: NASA's Earth Observatory



Wegen der volkswirtschaftlichen Symbiose zwischen China und den USA prägten Niall Ferguson und Moritz Schularick 2006 gar den Begriff „Chimerika“. Mit der wirtschaftlichen Öffnung einher gingen Liberalisierungen (z. B. Eigentumsrecht), die Reformen des kommunistischen Systems in Aussicht stellten. Der Ausbau bi- und multilateraler Konsultationen sowie das Bemühen um einen kontinuierlichen Reformdiskurs (z. B. deutsch-chinesischer Rechtsstaatsdialog) rundeten das Bild ab.

Heute ist klar, dass der erhoffte Wandel durch Verflechtung nicht eintrat. Innenpolitisch ist in Russland eine Zentralisierung der Macht im Kreml zu beobachten. Die ökonomische Modernisierung des Landes, dessen wirtschaftlicher Aufschwung in den 2000er Jahren auf dem Export von Rohstoffen und deren steigenden Preisen ruhte, blieb aus. Eine politische Liberalisierung und Demokratisierung ist auch in China in weite Ferne gerückt. Die Staatsspitze setzt alles daran, die Macht der Kommunistischen Partei zu sichern. Ökonomisch gelang China zwar

ein präzedenzloser Aufstieg als Manufaktur der Welt. Doch wie in Russland sind Klientelismus und Korruption in Politik und Wirtschaft endemisch. Justiz und Medien sind in beiden Staaten politisiert. Beide verunglimpfen westliche Werte und sind als repressive Autokratien zu bezeichnen.

Außenpolitisch nehmen seit einigen Jahren die Spannungen mit dem Westen kontinuierlich zu. Der Rückgewinn bzw. die Sicherung von Einfluss im postsowjetischen Raum ist Russlands primäres außenpolitisches Ziel. Seit 2008 investiert Moskau gezielt in die Modernisierung der Streitkräfte und in Fähigkeiten zur hybriden Kriegsführung. Russland erklärte die Nato erneut zum Feind, testet das Bündnis mit Luftraumverletzungen und droht sogar mit seinem nuklearen Potenzial. Im UN-Sicherheitsrat nutzt das Land seine institutionelle Macht, um sich als Großmacht zu gerieren. Nachbarn sucht es mit Integrationskonzepten (z. B. Eurasische Union) und notfalls mit Zwang an sich zu binden. Mit der Annexion der Krim und dem verdeckt geführten Krieg in

der Ostukraine zerstörte Russland 2014 die Sicherheitsarchitektur in Europa. Ein anti-westlicher Diskurs, der von den staatlichen Medien getragen wird und auch ein ausländisches Publikum adressiert, flankiert die Politik des Kreml.

Chinas Außenpolitik provoziert ebenfalls Verwerfungen. Die Volksrepublik versucht seit Jahren, ihr Wirtschaftswachstum in militärische Kraft und politischen Einfluss zu übersetzen. Peking meldet kompromisslos Territorialansprüche im Ost- und Südchinesischen Meer an und baut mit großer Streitlust Riffe zu Inseln aus, die es auch militärisch nutzt. China ignoriert internationale Konventionen, wenn es unilaterale Flugsicherungszonen anmeldet, Kontrolle über internationale Gewässer beansprucht und multilaterale Lösungen ablehnt. Während die USA als Stabilitätsgarant den Status quo absichern, postuliert die chinesische Regierung das Credo „Asien den Asiaten“. Das käme einer regionalen Ordnung unter Pekings Führung gleich. Dabei kultiviert auch China ein anti-westliches, nationalistisches Narrativ. Es unterstellt dem Westen, nach einem „Jahrhundert der Demütigung“ Chinas Rückkehr an seinen rechtmäßigen Platz verhindern zu wollen.

Russland und China sind zwar politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich eng mit dem Westen vernetzt, riskieren aber dennoch bereitwillig Konflikte. Offensichtlich konnte weder das absteigende Russland noch das aufsteigende China vollends in die etablierte internationale Ordnung integriert werden. Warum Russland und China auf Konfrontationskurs gehen und welche Handlungsstrategien sie nutzen, analysiert das hier skizzierte Habilitationsprojekt.

## Erklärungsdefizit etablierter Theorien

Die gängigen Theorien der internationalen Beziehungen können die Interaktionsdynamik zwischen Russland, China und dem Westen in den vergangenen 25 Jahren nicht überzeugend erklären. Für den Zweck dieses Beitrags soll die Debatte vereinfacht an zwei konkurrierenden Modellen veranschaulicht werden: dem Neorealismus und dem Institutionalismus.

Vertreter des Neorealismus gehen davon aus, dass die Anarchie im internationalen System alle Staaten zwingt, ihre bloße Existenz zu sichern. Es herrscht demnach ein Selbsthilfesystem vor, das charak-



2 Karte von Russland und seiner Nachbarschaft. Quelle: CIA World Factbook.



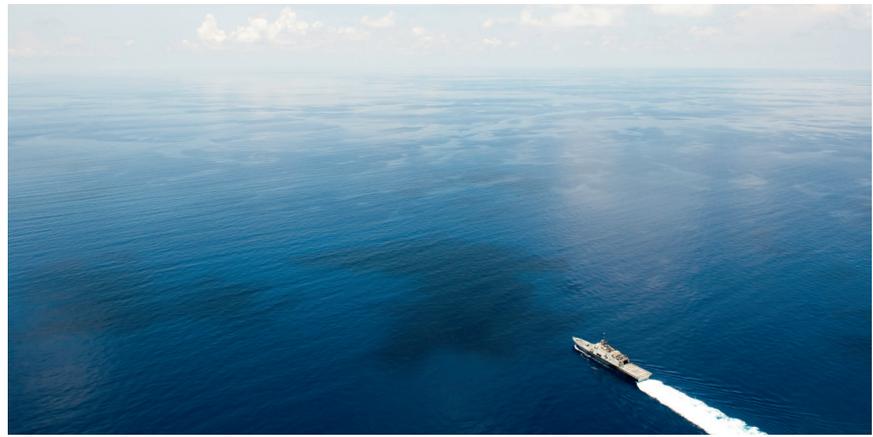
3 Pressekonferenz zur Gründung des Nato-Russland-Rats in Rom 2002. Quelle: Nato.



4 Chinesisches Containerschiff in Rotterdam. Quelle: CSCL GLOBE/ kees torn.



5 Karte von Südostasien. Quelle: CIA World Factbook.



6 Die USS Fort Worth auf Patrouille in internationalen Gewässern nahe der Spratly Islands, die China für sich beansprucht. Quelle: US Navy, Foto: Conor Minto.

terisiert ist durch Unsicherheit und Misstrauen. Um zu überleben, muss jeder Staat um der Sicherheit willen Macht anhäufen und gefährliche Abhängigkeiten vermeiden. Das einzig relevante Unterscheidungsmerkmal von Staaten in einem anarchischen Umfeld sind ihre Machtressourcen („Capabilities“), wobei militärische Fähigkeiten als die wichtigste Währung gelten. Die Machtverteilung zwischen den Staaten erzwingt nach dieser Lesart politische Reaktionen: Jede Machtkonzentration provoziert Gegenmachtbildung („Balancing“) in Form von Aufrüstung oder Allianzbildung.

Die Weltgeschichte ist demnach geprägt vom Aufstieg und Fall der Mächte. Dem zu Grunde liegt ein zyklisches Verständnis der internationalen Politik. Der dominante Staat schafft eine machtbasierte und machtorientierte Ordnung, die an maximalem Eigennutz orientiert ist. Denkbar sind etwa Strukturen zur Unterwerfung oder Ausbeutung schwächerer Staaten. Zwar stellen Hegemonialmächte auch kollektive Güter zur Verfügung, doch sie handeln nicht aus Altruismus, sondern weil sie am meisten profitieren. Allerdings führt jede Machtkonzentration zu Gegenmachtbildung und verleitet zur Selbstschwächung durch Überdehnung. Mit dem Abstieg des dominanten Staats erodiert die von ihm durchgesetzte Ordnung, und ein neuer hegemonialer Aspirant wird seine Chance nutzen.

Aus neorealisticcher Sicht war schon die Bereitschaft des Westens, Russland und China die Hand zu reichen, nicht nachvollziehbar. Schließlich sollten Staaten weder den Aufstieg neuer Mächte befördern noch den Abstieg eines Konkurrenten abfedern. Gleiches gilt generell für die

Schaffung einer Ordnung, die auf Verrechtlichung und Werten statt auf egoistischen Interessen fußt. Der Wille zur engen wirtschaftlichen Verflechtung ist ebenfalls nicht schlüssig, da sich Staaten nie bereitwillig abhängig machen dürften. Außerdem hätte die Vormachtstellung der USA bzw. des Westens symmetrische Balancing-Prozesse in Gang setzen müssen. Warum es in den 1990er und 2000er Jahren nicht dazu kam, beschäftigte die Forschung intensiv. Lag es an der wohlwollenden Natur amerikanischer Hegemonie? Oder an der Aussichtslosigkeit von Gegenmachtbildung wegen der militärischen Dominanz der USA?

Das institutionalistische Lager widerspricht in entscheidenden Punkten. Erstens sei das internationale System nicht völlig anarchisch, weil Normen, Verträge und das Völkerrecht verbindliche Regeln setzen. Zweitens existieren Staaten nicht autark nebeneinander, sondern unterhalten komplexe Austauschbeziehungen. Drittens relativiert all dies die Bedeutung militärischer Macht für die Interessendurchsetzung und verschiebt viertens die außenpolitische Agenda. Die Sorge um das eigene Überleben dürfte weit weniger ausgeprägt sein, als die Neorealisten suggerieren. Staaten sollten vielfältige Prioritäten und ein hohes Interesse an institutionalisierter Zusammenarbeit aufweisen, weil sie in einer interdependenten Welt ihre Ziele nur zusammen mit anderen erreichen können. Da Kooperation win-win-Situationen ermöglicht, dürfte auf konfrontatives Verhalten verzichtet werden: Es kostet zu viel und nutzt zu wenig.

Die Weltpolitik verläuft nach diesem Verständnis nicht zyklisch, sondern progressiv. Die institutionalisierte Ordnung in

Form eines engen Netzes zwischenstaatlicher Kooperationsstrukturen besitzt ein Eigenleben, weil sie Staaten sozialisiert. Interessen und Verhaltensweisen gleichen sich an. Wegen des kollektiven Nutzens kann die von vielen „Stakeholdern“ getragene Ordnung sogar Machtverschiebungen überstehen. Äußerst stabil sind solche Beziehungsgeflechte laut der liberalen Spielart der Theorie zwischen Demokratien, die einander besonders verlässliche Partner sind. Prinzipiell sollten Interdependenzen und Institutionen aber unabhängig von der inneren politischen Verfasstheit genügend Bindewirkung entfalten, um Frieden und Stabilität zu garantieren.

Aus institutionalistischer Sicht ist nicht fassbar, warum Russland und China die Strukturen und Beziehungen torpedieren sollten, von denen sie profitieren. Die russische Konfrontationspolitik isoliert das Land politisch und schadet ihm ökonomisch. Gleiches gilt für China. Die Volksrepublik gewinnt durch regionale Stabilität, die Freiheit der Seewege und die Anbindung an den Westen, die ihr beeindruckendes Wirtschaftswunder ermöglicht hat. Aggressives Auftreten und territorialer Revisionismus sind Gift für das Narrativ des „friedlichen Aufstiegs“. Seine Nachbarstaaten treibt Peking den USA geradezu in die Arme, die ab 2011 mit ihrem „Schwenk nach Asien“ („Pivot to Asia“) antworteten.

Dazu kommt eine theoretische Lücke. Gerade die deutsche Politikwissenschaft konzentrierte sich lange auf die Überwindung staatlicher Strukturen und das Regieren in komplexen Mehrebenensystemen. Die Popularität der sogenannten „Governance“-Forschung ist vor dem europäischen Erfahrungshorizont verständlich. Global betrachtet bleibt jedoch der

Nationalstaat der zentrale Akteur. Zugleich verschwinden Macht- und Geopolitik trotz Vernetzung und Verflechtung nicht aus der Praxis der internationalen Politik. Womöglich verändern sich nur die Strategien, die Staaten zur Wahrung ihrer Interessen nutzen. Die deutsche Forschung war auf dem Auge in den vergangenen Jahren praktisch blind.

## Macht und Ordnung aus neoklassisch-realistischer Perspektive

Der neoklassische Realismus, eine relativ neue Variante aus der realistischen Theorieschule, bietet einen Perspektivenwechsel. Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass internationale Anreize und Zwänge Staaten zwar signifikant beeinflussen, aber ihr auswärtiges Handeln nicht determinieren. Der internationale Rahmen gibt jedem Staat ein Spektrum möglicher Optionen vor, doch Außenpolitik entsteht im nationalen Entscheidungsprozess. Dort werden die Anreize und Zwänge des internationalen Systems interpretiert, verarbeitet und in Politiken übersetzt, die machbar und aussichtsreich erscheinen. Der Ansatz bringt also „Agency“, das Akteurshandeln, zurück in die zuvor von Strukturalisten dominierte Debatte.

Daraus folgen zwei Einsichten. Erstens: Internationale Rahmenbedingungen allein können staatliches Verhalten nicht erklären. Auch wenn aufsteigende Staaten einen starken Anreiz besitzen, außenpolitisch aktiv zu werden, um die eigene Umwelt zu gestalten, gibt erst der nationale Entscheidungsprozess Aufschluss über ihre konkrete Agenda. Selbst wenn absteigende Staaten versuchen dürften, ihre relative Positionsverschlechterung aufzuhal-

ten, lässt sich nicht verallgemeinern, wie sie das tun. Ob sie sich für Kooperation oder Konflikt entscheiden, ist nicht strukturell determiniert. Zweitens: Was für die politischen Ziele gilt, trifft auch auf die Wahl der Mittel zu. Wie Staaten ihre Interessen verfolgen, hängt davon ab, was sie für gangbar und zielführend halten.

Aus neoklassisch-realistischer Sicht sind demnach die Begriffe Macht und Ordnung neu zu fassen. Ordnungsvorstellungen und -strukturen sind Produkte politischen Denkens und Handelns. Wofür Staaten ihre Macht einsetzen, ergibt sich im nationalen Prozess. Die nach außen vertretenen Ordnungsvorstellungen hängen in der Regel mit der inneren Verfasstheit und den dominanten Ideen des Staats zusammen. Autokratien dürften Anreize besitzen, international Strukturen zu fördern, die ihrer Machtkonzentration und Illiberalität entgegenkommen, und sich gegen solche zu wehren, die sie untergraben könnten. Staaten, die sich selbst als Vormacht verstehen, dürften versuchen, nach außen Dominanzstrukturen zu gestalten bzw. egalisierende Strukturen zu verhindern. Regime, die auf Korruption und Klientelismus basieren, werden eben diese Macht- und Einflussstrukturen erhalten wollen.

Die internationale Ordnung ist nach diesem Verständnis weder machtpolitisch gegeben und automatisch konfliktreich noch tief institutionalisiert und tendenziell kooperativ. Staaten entwickeln Ordnungsvorstellungen unter dem Eindruck internationaler und nationaler Anreize und Zwänge. Diese können kompatibel sein und stabilitätsfördernd wirken. Garantiert ist es jedoch nicht. Die Hoffnung auf eine globale Geltung der westlich geprägten liberalen internationalen Ordnung endet also spätestens dort, wo Großmächte wie Russland und China versuchen, ihren Bedürfnissen entsprechende alternative Ordnungskonzeptionen voranzutreiben. Damit ist die liberale internationale Ordnung eine Ambition, deren Realisierbarkeit davon abhängt, wie stark sie von innen getragen und von außen bedroht wird.

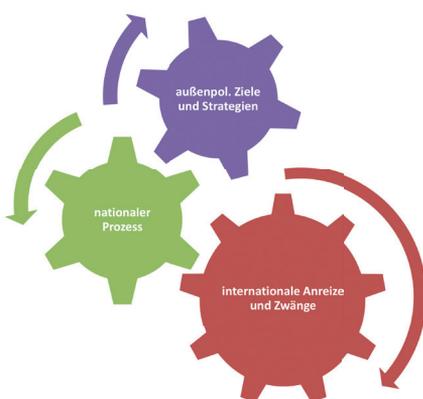
Russland und China, so die Ausgangsüberlegung der Studie, sind in ihrem Selbstverständnis imperiale Staaten, die sich als Großmächte mit besonderen Privilegien sehen. Die autokratische Regimestruktur stützt in beiden Fällen ihre außenpolitische Identität. Sie eint ein Einflussphären- und Machtanspruchsdenken. Moskau und Peking sehen sich als natürliche, „legitime“ Machtzentren. Damit ein-

her geht ein hierarchisches Denken, wonach sie Vorrechte in ihrer Nachbarschaft besäßen. Trotzdem messen Russland und China der nationalen Souveränität und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten hohen Stellenwert bei, wo es ihnen nutzt. Interessen definieren sie eng national, während ihre Bereitschaft, zur kollektiven Problemlösung beizutragen, begrenzt ist. Ein Recht auf Mitsprache sowie Respekt für ihren Status fordern dennoch beide. Unisono formulieren Moskau und Peking die Vision einer „multipolaren Welt“, in der sie regional eine Führungsrolle einnehmen und auf Augenhöhe mit dem Westen die Spielregeln der internationalen Politik bestimmen.

Was folgt daraus? Während Russland versuchen dürfte, sein vorgebliches „Recht“ auf eine Großmachtrolle trotz seines relativen Abstiegs zu wahren, sollte China bestrebt sein, mit seinem Aufstieg die eigene Großmachtrolle zu gestalten. Beide geraten dadurch auf Konfrontationskurs mit dem Westen, da die Grundsätze der liberalen internationalen Ordnung in wichtigen Punkten mit ihren nationalen Ambitionen inkompatibel sind. Im Rahmen ihrer machtpolitischen Möglichkeiten werden sie diese dennoch verfolgen.

Traditionelle Konzepte von Macht- und Gegenmachtbildung sind zu grob, um die resultierenden Dynamiken treffend zu beschreiben. Der neoklassische Realismus erlaubt ein differenzierteres Bild. Erstens: Es braucht keinen symmetrischen Machtausgleich, um Konkurrenten oder etablierte Regeln zu untergraben. Der machtpolitische Vorsprung des Westens, auf den die neorealistic Literatur verweist, garantiert also keineswegs das Bestehen westlicher Ordnungsvorstellungen. Zweitens: Es ist zu unterscheiden zwischen den absoluten politischen, ökonomischen, militärischen, technologischen Fähigkeiten eines Staats und seinen praktischen Handlungsmöglichkeiten. Autokratien besitzen komparative Vorteile, weil sie keinen demokratischen Prozessen unterliegen und Informationen steuern können. Drittens: Aufsteigende Staaten gelten traditionell als stabilitätsgefährdend. Dabei dürften gerade absteigende Staaten mit Großmachtambition konfliktbereit auftreten, weil ihre Optionen schrumpfen.

Die hier umrissene Arbeit argumentiert, dass sich Russland und China als „rule-maker“ statt „rule-taker“ verstehen. Beide verfolgen eigene Ordnungsvorstellungen, ohne dafür westliche Macht ausbalancie-



7 Neoklassisch-realistisches Theoriemodell.  
Quelle: Gerlinde Groitl.



8 Bewaffnete ohne Hoheitsabzeichen am Flughafen Simferopol auf der Krim im Februar 2014.  
Quelle: Voice of America, Elizabeth Arrott.

ren zu müssen. In einer interdependenten Welt sind Strategien der Unterminierung und Delegitimierung sowie Strategien der Ambiguität (z. B. Einsatz hybrider Instrumente) zu erwarten, die das Sanktionsrisiko mindern und es erlauben, als Partner und Aggressor zugleich aufzutreten. Autokratien sind dafür prädestiniert. Ein perspektivisch absteigender Akteur wie Russland dürfte besonders gefährlich sein, weil sich seine Optionen auf das militärische Potenzial sowie die institutionalisierte Macht verengen. Er kann als „Spoiler“ oder Konfliktverursacher punkten, der dann wiederum zur Konfliktbeilegung benötigt wird. Ein Aufsteiger wie China kann hingegen kontrollierte Konfrontation mit einer konstruk-

tiven Investitionsagenda zur Veränderung bestehender bzw. Bildung alternativer Ordnungsstrukturen kombinieren. Dies bedroht den Status quo nachhaltiger.

### Fazit

Russland und China stellen den Westen vor eine strategische Herausforderung. Beide Staaten sind bei der Krisenbewältigung oder in den Wirtschaftsbeziehungen zwangsläufig Partner. Zugleich treten sie als Kontrahenten auf, die Kernelemente der etablierten Ordnung gefährden. Territorialer Revisionismus etwa ist aus westlicher Sicht in jedem Fall zu unterbinden.

Doch wie schreckt man Staaten ab, denen jede Form von Eindämmungspolitik als Eskalationsvorwand dient, während zugleich eigene Kosten entstehen? Die Gleichzeitigkeit von Kooperation und Konflikt unter den Bedingungen komplexer Interdependenz ist nicht vergleichbar mit dem Kalten Krieg. Damals standen sich zwei ideologisch, politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich getrennte Blöcke gegenüber. Heute sehen wir verflochtene Mächte, die Partner und Rivalen zugleich sind. Der Westen ist gefordert, Antworten darauf zu finden. Die politikwissenschaftliche, realistische Analyse von Großmachtbeziehungen in Theorie und Praxis kann dazu einen wertvollen Beitrag leisten.

### Literatur

Stephan Bierling, Die Rache der Diktatoren, in: Die Welt, 20.10.2015, S. 2.  
Gerlinde Groitl, Mittler zwischen Ost und West? Deutsche EU-, NATO- und Russlandpolitik seit der Wiedervereinigung, in: Einsichten und Perspektiven 3/2016, S. 18-29.  
Gerlinde Groitl, The Populist Challenge to Liberal Internationalism: Foreign and Security Policy in the 2016 Elections, The Atlantic Academy's Road to the Elections 8/2016, S. 1-5.  
Gerlinde Groitl, Die Europäische Union und die USA, in: Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2016. Baden-Baden: Nomos, 2016, S. 347-352.  
Gerlinde Groitl, Die Europäische Union und die USA, in: Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2015. Baden-Baden: Nomos, 2015, S. 347-352.



© Universität Regensburg

**Dr. phil. Gerlinde Groitl**, geb. 1981 in Cham. Studium der Amerikanistik, Politikwissenschaft und Germanistik in Regensburg und Washington, DC, anschließend Promotion im Fach Politikwissenschaft. Ab 2007 wissenschaftliche Mitarbeiterin, seit 2014 Akademische Rätin a. Z. an der Professur für internationale Politik und transatlantische Beziehungen der Universität Regensburg. 2015 Aquila ascendens-Dissertationspreis für die Arbeit Strategischer Wandel und zivil-militärischer Konflikt: Politiker, Generäle und die US-Interventionspolitik, 1989–2013 (Wiesbaden: Springer, 2015). Seit April 2015 Mitglied im Arbeitskreis „Junge Sicherheitspolitiker“ der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin. Im WS 2015/16 Academic Research Sabbatical der UR mit Forschungsaufenthalten in Washington, DC, und London.

**Forschungsschwerpunkte:** Außen- und Sicherheitspolitik der USA, europäisch-amerikanische Beziehungen, westliche Interventionspolitik, Machtverschiebungen und Weltordnungsfragen.